

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

14. Plenarsitzung vom 13. Februar.

(Schluß.)

Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich begreife die Gefühle des Redners vollkommen und achte dieselben, aber ich kann mir deshalb keine Rechtsdeduktionen nicht aneignen. Der Vertrag ist seiner ganzen Folge nach ein Staatsvertrag. Ich bin nicht gewohnt, meine Unterschrift unter Privatverträge Sr. Majestät des Königs zu setzen. Auch seiner ganzen Entstehungsweise nach konnte dieser Vertrag nur ein Staatsvertrag sein. Wir waren Sr. Maj. dem König Georg nichts schuldig und die Frage, welches Privateigentum einem kriegsführenden Monarchen nach dem Kriege verbleibt, entscheidet erst der Friedensschluß. Es wurde ein Waffenstillstand geschlossen und dieser ist vom Könige Georg gebrochen worden. Wir sind verfahren in einer Weise, die in der Geschichte ihres Gleichen sucht. Ich habe nicht gehört, daß die verschiedenen Zweige des Hauses Bourbon von Frankreich mit einer Dotation versehen worden wären, mit der Absicht, sie ihnen zu belassen, wenn sie Regionen in das eigene Land zu führen beabsichtigten; eben so wenig wird die spanische Regierung der Königin Isabella Mittel liefern wollen. Ich führe dies nur an, um Ihnen die Verachtung zu kennzeichnen, mit welcher wir die stiltliche Entrüstung aufzunehmen haben, welche sich von feindlicher Seite kund giebt. Wenn man das Verhalten Preußens zu Hannover schildern hört, so sollte man glauben, Preußen wäre über Hannover hergefallen, wie ein Wolf über Lämmer herfällt. Die hannoversche Regierung hat im Jahre 1866 früher gerüht, als Preußen, sie war die erste, welche rüstete und auf unsere Anfrage wurde uns die mehr schmerzliche, als politische Antwort: wegen der vorwiegend schlechten Ernte beabsichtige man das übliche Herbstmanöver schon im Frühjahr abzuhalten. (Heiterkeit.) Wir haben dem König Georg die volle Unabhängigkeit verbürgen wollen, nur unter der Bedingung, daß er neutral bleibe. Sie können daraus entnehmen, wie wenig wir das blinde Zutrauen unserer Gegner in den Sieg hatten. Wären wir besiegt worden, so glaube ich nicht, daß Schlessien das einzige Opfer gewesen wäre; ich glaube, daß die vollständige Herstellung des Westens reiches den damaligen öfterreichischen Berechnungen nicht so ganz fremd war. Keinesfalls machten wir damals in Hannover den Eindruck siegesbewußter Eroberer; man rechnete auf die Ueberrumpfung, welche der bundesbrüchige Beschluß herstellen sollte und mit dem verstümmelten Preußen konnte man es für möglich halten, die Beschlüsse des Fürsten-Kongresses ins Leben zu führen. Sie werden mir darin einiges Urtheil zutrauen, denn es giebt keinen Mann in Preußen der länger mit Politik beschäftigt gewesen ist, als ich. Wenn wir einer solchen Gefahr der Vernichtung entronnen, nun als Sieger das Recht in Händen hatten, die Verhältnisse zu reguliren, so kann man es keine gewaltige Eroberung nennen, wenn wir die Frage unserer Sicherheit in den Vordergrund stellen. Wir mußten aus Pflicht der Selbsterhaltung die Wiederkehr ähnlicher Konstellationen verhindern. Ich habe dem Könige Georg früher oft selbst gesagt, daß Hannover nur eine Politik habe, sich in allen Dingen an Preußen anzuschließen. Es war diese Politik so einfach und natürlich, daß nur eine leidenschaftliche Verblendung, Herrschsucht und persönliche Haß die hannoverschen Staatsmänner auf diesen Weg führen konnte. Wir glaubten nun, daß der König Georg als Herzog von Cumberland in das Privatleben zurücktreten sollte und wollten ihn so dotiren, daß er diese Stellung annehmen konnte. Es ist jetzt ungefähr Jahresfrist, daß die Königl. Regierung sowohl dem andern, als auch diesem Hause gegenüber ihren vollen Einfluß auswandte, um dem König Georg diese Mittel zu verschaffen. Die Zweifel, welche im Herrenhause an der Zeitgemäßigkeit einer solchen Abfindung geltend gemacht wurden, entstanden mit der silbernen Hochzeitfeier. Diese Zweifel waren auch der Regierung lebendig. Wenn wir dennoch die Vollendung der gesetzlichen Grundlage aufschoben, so geschah dies, um uns nicht den Vorwurf zu ziehen, daß wir eine unwürdige Komödie gespielt hätten. Wir wollten unseren guten Willen zeigen, und aber auch eine gesetzliche gesicherte Basis für künftige Fälle verschaffen. Wenn der König Georg das Vertrauen täuschte, so waren wir überzeugt, daß der Landtag uns die Mittel bieten würde, um den Schaden, welchen die Täuschung dem Lande zufügen könnte, von demselben abzuwehren. Daß Sie dieses thun werden, und zwar mit großer Majorität, darüber bin ich nicht zweifelhaft; ich habe aber für nöthig gehalten, die Stellung der Regierung mit einigen Worten klar zu bezeichnen. (Beifall links.)

Frhr. v. Senft-Pilsach erinnert zunächst an das Haus Waja, in Betreff dessen es keinem Menschen eingefallen wäre, für ein anständiges Unterkommen zu sorgen, geht dann auf die hannoversche Politik über und führt aus, daß Preußen mit Oesterreich verbunden deutsches Werk sei, Hannover mit Oesterreich verbunden un-

deutsches Werk sei. König Georg hätte nicht vergessen sollen, daß seine Wiege in Berlin, in der Wilhelmstraße stand, nicht vergessen sollen das Blut der Verwandtschaft; es werde die Zeit kommen, wo er dies einsehen werde. Der Redner empfiehlt schließlich die Annahme der Regierungsvorlage.

Graf zur Lippe vertheidigt sein Amendement. Dem Kriege sei durch einen völlerrechtlichen Frieden noch kein Ende gemacht; es liege nur ein Surrogat eines Friedensschlusses vor; der König Georg dürfe nicht gestraft werden ohne richterliches Gehör und er könne ein solches Eingreifen in das Privateigentum des Königs Georg nicht für angemessen erachten.

Die Diskussion wird geschlossen und bei der Diskussion über die Fragestellung zieht Graf Lippe seinen Verbesserungsvorschlag zurück. (Heiterkeit.)

Bei der darauf folgenden Abstimmung wird sowohl die Verordnung wie der Gesetzentwurf mit sehr großer Majorität angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Kurfürsten von Hessen.

Auch hier empfiehlt die Kommission die unveränderte Annahme des Gesetzes in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung. Nachdem Hr. v. Meding den Kommissionsbericht mit einigen Worten begründet, erklärt der Ministerpräsident Graf Bismarck: M. H. Es ist in der Kommission geltend gemacht, daß weniger Beschwerden gegen den Kurfürsten v. Hessen vorlägen, als gegen den König Georg. Ich würde dies für richtig halten, wenn es sich um eine Konfiskation und nicht um eine bloße Beschlagnahme handelte. Der Kurfürst hat sich losgesagt von dem Vertrage durch seine ausdrückliche Erklärung in dem bekannten Manifest, das um thatkräftige Unterstützung der fremden Höfe bittet. Es ist diese Handlung des Kurfürsten eine Betheiligung an der Agitation eines Theiles der Presse, welche den öffentlichen Frieden zu stören sucht. Dieses Treiben ist durchaus nicht ungefährlich, es ist ein verbrecherisches Unternehmen, zwei große Nationen, die kein Interesse daran haben, sich zu befeinden, in einen Krieg hinein zu setzen. Sie begegnen in dieser Presse der Lüge, daß Preußen seine Vergrößerung zu einem Vorgehen gegen Frankreich benutzen wolle, Sie lesen Lügen wie der Zutritt eines Familien-Konfess der preussischen Königsfamilie, von Aufbegehren u. Die lügenhaften Nachrichten gewinnen durch die Telegraphie eine größere Bedeutung. Es wird bald so weit kommen, daß man sagt: er lügt wie gedruckt, er lügt wie telegraphirt. (Heiterkeit.) So wird die öffentliche Meinung in Frankreich und Deutschland bearbeitet und es ist an der Zeit, dieser lügenhaften Thätigkeit die Mittel abzuschneiden, damit nicht Zeitungen unterstützt werden können, welche für Deutschlands Geld zum Kriege gegen Deutschland reizen. Mir ist in der Presse vielfach der Vorwurf gemacht worden, daß ich über solche Dinge die sonst gewöhnliche diplomatische Ruhe verlor. M. H., wer über solche Niederträchtigkeiten nicht in Zorn geräth, der hat eben ein anders organisiertes Nationalgefühl als ich. (Beifall.)

Nachdem Frhr. v. Miedel einige Worte gegen die Vorlage gesprochen, wird dieselbe mit sehr großer Majorität angenommen.

Damit schließt die Sitzung um 2 Uhr. — Nächste Sitzung: unbestimmt.

Abgeordnetenhaus.

Neunundvierzigste Sitzung vom 13. Februar.

Präsident v. Fockenberg eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr.

(Haus und Tribünen Anfangs schwach besetzt.)

Am Ministertische: Graf Ikenpliz und mehrere Regierungs-Kommissare.

Nach den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen erhält das Wort vor der Tagesordnung der Handelsminister Graf Ikenpliz, welcher in Folge Allerhöchster Ermächtigung den mit der oberhessischen Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Vertrag vorlegt, nach welchem der Staat die Disposition über den sogenannten oberhessischen Garantiefonds erhält. Die Regierung überreicht den Vertrag, um alle nur möglichen konstitutionellen und anderen Bedenken zu beseitigen. Der Vertrag ist nicht nur von dem Direktorium, sondern auch von der Generalversammlung einstimmig und ohne Diskussion genehmigt worden. Er wird vorgelegt zur Berücksichtigung bei der Berathung über den Gesetzentwurf wegen zur Dispositionsstellung von Mitteln für die bessere Ausrüstung u. s. w. der Staatseisenbahnen. Dieser Gesetzentwurf ist von großer Bedeutung für die Regierung und die Annahme desselben von heilsamen Folgen, denn damit wird die Staatseisenbahnverwaltung in Stand gesetzt, das Inventarium zu ersetzen, zu vermehren und bei den Bahnhöfen den durch Eröffnung von Seitenbahnen erhöhten Ansprüchen zu genügen. Ich bitte deshalb, die Berathung so zu beschleunigen, daß der Entwurf noch vor Ablauf des Monats in beiden Häusern des Landtags durchberathen sein kann

und ich gebe anheim, den Vertrag den vereinigten Kommissionen für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle zu überweisen. — Das Haus tritt diesem Antrag bei und in die Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die Konfusionsnovelle. Zunächst über §. 56 (Betheiligung der Kaufgelder, wenn eine Forderung ungetheilt auf mehreren Grundstücken haftet, die sämtlich oder von denen eins oder mehrere zur Konfusionsmasse gehören.) Referent Lesje empfiehlt die Annahme des Paragraphen nach der Vorlage. Abg. Iwenst hält diese Neuerung für unglücklich, ja für nicht gehörig durchdacht. Dadurch, daß ein Gläubiger berechtigt sein soll, sich an die Kaufgelder jedes einzelnen Grundstücks wegen seiner ganzen Forderung zu halten, und soweit der Gläubiger aus den Kaufgebern eines Grundstücks seine Befriedigung erhält, die Korrealhypothek auf den mitverkauften Grundstücken zu lösen soll, werde der Realkredit sehr geschädigt, denn es sei dem Grundbesitzer unmöglich, über sein Grundstück zu disponiren. Das sei ein bedauerlicher Rückschritt, eine erschwerende Lösung für den Kredit. An der weiteren, sehr langen Diskussion betheiligen sich der Reg. Kommissar Förster, die Abgg. v. Seydewitz, Walbeck, worauf der §. 56 mit großer Majorität angenommen wird. Die ferneren Paragraphen werden ohne Weiteres genehmigt, die Novelle im Ganzen einstimmig angenommen, womit auch mehrere zur Vorlage eingegangene Petitionen erledigt sind. — Das Haus genehmigt sodann das Erblichkeitsgesetz für Wiesbaden nebst Antrag Braun. — Es folgt die Berathung des Entwurfs, betreffend die Ausstellung gerichtlicher Erbseignungen. Der Entwurf, wie er im Herrenhause angenommen, hat von der Justizkommission in mehreren Paragraphen Abänderungen erfahren (Minister v. Selchow ist eingetreten). Der Vicepräsident v. Bennigsen übernimmt den Vorsitz, welche Referent Bachr der Annahme des Hauses empfiehlt. — Abg. Roscher empfiehlt eine Reihe von ihm gestellter Amendements, welche bezwecken, die Rechte des wahren Erben mehr zu berücksichtigen, als es der Entwurf thut. — Der Justizminister versichert, daß die Gerichte mit dem Entwurf sehr gut auskommen können; die juristischen Bedenken gegen das Gesetz seien erklärlich, seien auch unwiderlegbar, aber im Leben dürste man sich nicht immer nur auf den juristischen Standpunkt stellen, namentlich im bona fide-Verkehr. Uebrigens hätten die obersten Gerichtshöfe in den neuen Landestheilen, denen der Entwurf mitgeteilt worden, letzteren beifällig beurtheilt, und es sei vorauszusetzen, daß der Entwurf sich im Leben auch in den neuen Landestheilen bewähren werde.

Bei der Spezialdiskussion werden die §§. 1 und 2 ohne Diskussion genehmigt. Zu §. 3. liegen 5 Amendements vor. Hiervon werden die redaktionellen Amendements Lesje angenommen, alle anderen abgelehnt und der so modifizierte §. 3 genehmigt. Die §§. 4, 5, 6 bis 11 werden überall nach den Beschlüssen der Kommission und unter Ablehnung aller Amendements genehmigt. Nur in §. 9 wird nach dem Antrag Haal die ursprüngliche Regierungsvorlage wieder hergestellt.

Das Haus nimmt sodann den ganzen Entwurf mit den drei Abänderungen an und genehmigt den Gesetzentwurf wegen Vereinigung der Vorstände von Celle mit der Stadtgemeinde Celle. Es folgt der Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Beschränkung der Zahlungsleistung mittelst fremden Papiergeldes und ähnlicher Wertheichen in den neu erworbenen Landestheilen.

Abg. Eugen Richter begreift nicht, wie man schlechte Gesetze noch ausdehnen könne, die jetzt von jedem, hier im Hause beim Restaurant, von Oberstaatsanwälten und Staatsanwälten übertreten werden, wovon man sich überzeugen könnte, wenn alle Abgeordneten ihre Portemonnaies hier ausbreiten. Der Entwurf sei eine neue Auflage der Lehre vom beschränkten Unterhanenverstand; wenn er gegen Oldenburg gerichtet, so vergesse man, daß Oldenburg die Notenemission gerade weil sich durch die dortige Circulation das preussischen Papiergeldes der Thaler quo geändert, gestaltet hat. Alle abenteuerlichen Projekte in niederen kleinen Staaten, von denen noch die Rede ist, hatten eine gemeinsame Quelle: die ungeheure Militärlast, welche die kleinen Staaten nicht tragen können.

Abg. v. Unruh: Das Gesetz mag auch 1854 bei seinem Erscheinen einen üblen Eindruck gemacht haben, das ging aber rasch vorüber. Fremde Schine mögen jetzt circuliren, aber so wie früher nicht: höchstens, wenn man Geld von schlechten Schuldern zu erhalten hat, wo man froh ist, daß man überhaupt etwas bekommt. Im Jahre 1866 hat sich das Gesetz als eine Wohlthat erwiesen und die neuen Provinzen werden durch das Gesetz keinen Schaden leiden.

Abg. Dechend: Mit dem Gesetze wollte man nicht in fremde Verhältnisse eingreifen, sondern sich auch selbst schützen. So ist es heute, auch wenn es Oldenburg un bequem sein sollte. Werde das Gesetz abge-

lehnt, so würden viele neue Banken entstehen. Offiziell bringe ich den Vorschlag zur Kenntniß, daß der kleinste Staat Noten für eine Million Thaler emittiren wolle. Die Verhandlungen sind vorläufig gescheitert; weil fleißige Finanzmänner nicht hierauf eingehen konnten. Des Projekt kann aber leicht in einigen Wochen wieder aufgenommen werden. Ein Staat von kaum 50,000 Einwohnern würde 1 Million Noten kreiren! Die preussische Bank rechnet das angekaufte Metall so lange nicht zum Baarbestand, als es nicht im Bankgebäude liegt. So neue, blanke Thaler; das ist eine Basis! Die anderen Banken haben keinen Metallvorrath, ihre Reserve besteht in fremdem Papiergeld.

Die Generaldiskussion ist geschlossen. — In der Spezial-Diskussion führt der Abg. Faucher aus dem praktischen Leben die Schwierigkeiten auf, welche zuweilen der Ausführung des Gesetzes entgegenstehen werden. Die Erlaubniß der Notenemission habe eine Verminderung des Materialvermögens zur Folge. — Die Diskussion ist geschlossen, der Berichterstatter verzichtet auf das Wort. Die §§. 1—4 werden ohne Diskussion angenommen. Im §. 5 wird der 1. Mai 1869 als Einführungsstermin festgestellt. Die Resolution: „Die Regierungen aufzufordern, auf eine baldige Regulirung des Bank- und Münzwesens im Wege der Bundes-Gesetzgebung hinzuwirken“ wird ohne Diskussion genehmigt.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Indigenatgesetz. Lehrer-Wittwenkassen u.

Deutschland.

□ Berlin, 14. Febr. Die welschen Blätter machen in einer Berliner Korrespondenz die Mittheilung, daß Graf Bismarck auf die ihm zugegangene Nachricht von dem gegen ihn beabsichtigten Attentat vom Tische aufgesprungen sei und sich sofort zum König begeben habe, um denselben über den Vorfall Vortrag zu halten. Der König und Graf Bismarck seien dann zuweilen im Palais an's Fenster getreten, um den vermeintlichen Uebelhäuter unter den Vorübergehenden zu entdecken. Es ist dies eine in stürzender Weise erfindene Lüge, an der nicht das Geringste wahr ist. Graf Bismarck hat seit Jahren noch Tisch keinen Vortrag beim König gehabt, auch ist es hier gegen den höflichen Gebrauch, daß Minister über ihre persönlichen Angelegenheiten beim König Vortrag halten. Und so hat denn auch Graf Bismarck über diese Attentats-Angelegenheit, als eine Sache, die seine Person betrifft, keine Meldung beim König gemacht. Daraus, daß Graf Bismarck nach wie vor zu Fuß nach dem Palais geht und von da zurückkehrt, geht überhaupt hervor, wie wenig sich derselbe durch die Nachricht vom Attentat in seiner Lebensweise hat irritiren lassen. — Bei Gelegenheit der Besprechung der Debatten über die Sequestations-Angelegenheit im preussischen Abgeordnetenhaus haben verschiedene französische Blätter, namentlich der „Constitutionnel“, den Versuch gemacht, sich in die inneren Angelegenheiten Preußens einzumischen. Es muß diese Einmischung als ein ungehöriger Uebergriff mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Das deutsche Volk ist fest entschlossen, nicht zu dulden, daß ihm von Fremden darüber Vorhaltungen gemacht werden, wie es seine inneren Angelegenheiten zu ordnen habe. — Der Bundeskanzler hat dem Bundesrath einen Gesetzentwurf zur Beschlußnahme vorgelegt, nach welchem die allgemeine deutsche Wechselordnung, die Nürnberger Wechsel-Novellen und das allgemeine deutsche Handelsgesetz zu Bundesgesetzen erklärt werden sollen. Den Gesetzen sind noch die Motive und die in dieser Beziehung von den verschiedenen Regierungen gestellten Anträge hinzugefügt. — Die Hoffnung, daß es zwischen der Regierung und der Stadt Frankfurt in der bekannten Finanz-Angelegenheit zu einer Verständigung kommen werde, gewinnt in neuester Zeit noch mehr an Wahrscheinlichkeit, da die Frankfurter Behörden den gegebenen That-sachen neuerdings mehr Rechnung als früher zu tragen scheinen. Es ist nicht nur eine Deputation aus Frankfurt beauftragt worden, hier eintreffend, sondern auch der Ober-Präsident von Röhler aus Rassel hier angekommen, um bei diesen Verhandlungen seine vermittelnde Thätigkeit eintreten zu lassen. — Die „Neue freie Presse“ brachte seiner Zeit eine Schauer Geschichte über eine angeblich grausam und ungehörige Behandlung eines österreichischen Unterhans, Namens Ferdinand Nahr aus Salzburg, in der Strafanstalt zu Eberbach im Nassauischen und über die vermeintlichen Mißbräuche, welche in dieser Strafanstalt vorkommen sollten. Diese Mittheilungen wurden selbst als Erfindungen bezeichnet. Es haben indessen inzwischen auch amtliche Ermittlungen stattgefunden, welche die vollständige Unwahrheit der in der „Neuen freien Presse“ gemachten Mittheilungen herausgestellt haben. Das Verfahren gegen den Nahr ist als ein gesetzliches konstatirt und ebenso ermittelt worden, daß die Zustände der Eberbacher Strafanstalt sachgemäß sind und dem Nahr zu keinerlei

Verhinderung Veranlassung gegeben haben. Dieses Sach-
verhältnis ist auch in einer Kommunikation des preus-
sischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an
die österreichische Gesandtschaft konsolidiert worden. —
Von dem Handelsministerium ist eine Zusammenstellung
über den Eisenbahnverkehr im Jahre 1867 vollendet
worden. Einen interessanten Teil derselben bildet die
Uebersicht über die Eisenbahn-Unfälle, die sich indessen
nur auf die alten Provinzen Preussens beschränkt. Dem-
nach hatten die Eisenbahnen eine Länge von 930 Mei-
len nebst 350 Meilen Doppelgleisen. Es wurden
28,768,866 Personen befördert welche 2,300,755
Meilen zurücklegten. Von Reisenden verunglückten 11,
wovon 2 getödtet und 9 verletzt wurden. Die beiden
Todesfälle waren durch die betreffenden Reisenden selbst
herbeigeführt, indem sie während der Fahrt aus dem
Zuge sprangen. Von den Verletzungen entstanden 5
bei Bahnunfällen und 4 durch eigenes Verschulden.
Das Verhältniß der Passagier-Unfälle stellt sich zu
denen der beiden Vorjahre 1865 und 1866 günstig
heraus, indem 1865 7 getödtet und 35 verletzt, im
Jahre 1866 aber 21 getödtet und 44 verletzt wur-
den. Von Bahnbeamten waren im Jahre 1867 151
getödtet und 244 verletzt, und zwar: unverschuldet durch
Unfälle der Züge während der Fahrt 15 getödtet und
50 verletzt; durch unzeitiges und unvorsichtiges Bestei-
gen und Verlassen der Fahrzeuge 20 getödtet und 47
verletzt; durch eigene Unvorsichtigkeit beim Wagen-
schieben und Rangiren der Züge 48 getödtet und 57 verletzt;
durch unzeitigen Aufenthalt auf den Gleisen, namentlich
beim Ueberschreiten derselben 49 getödtet und 23 ver-
letzt; durch sonstige unvorsichtige Handhabung des Dien-
stes 25 getödtet und 67 verletzt. Außerdem wurden
noch bei Neubauten und bei den Werstattarbeiten und
anderen mit dem Betriebe nicht direkt zusammenhängenden
Geschäften 7 Personen getödtet und 19 verletzt. An
fremden Personen wurden in Folge der eigenen Unvor-
sichtigkeit beim Betreten der Bahn u. s. w. 46 ge-
tödtet und 30 verletzt; von solchen, welche den Tod
absichtlich suchten 18 getödtet und 3 verletzt. Die Ge-
samtzahl der Verunglückten betrug mithin 535. Bei
den Eisenbahnen waren 73,190 Beamte und Arbeiter
beschäftigt, von welchen als Zug- und Bahnbeamte
32,850 fungirten. Die meisten Unfälle kamen auf der
berghisch-märkischen Eisenbahn und zwar infolge der
Witten-Duisburger, Ruhr-Sieger und Aachen-Düssel-
dort-Ruhrorter, nämlich 79 vor, worauf die Köln-Min-
dener Eisenbahn, inf. der Oberhausen-Anrheimer und
Köln-Gießener mit 58, die Rheinische Eisenbahn mit
56 Unglücksfälle u. s. w. kommt. Die wenigsten Un-
fälle hatten die niederschlesische Zweigbahn, die ost-
preussische Südbahn, die Berlin-Hamburger, die Wil-
helmshafenbahn u. s. w. Kein Unfall war auf der Elst-
Insterburger, der Neiß-Preieger und der Oppeln-Tarnow-
witzer Bahn vorgekommen.

Berlin, 14. Februar. Se. Maj. der König
empfing gestern Vormittags die aus Schneidemühl hier
eingetroffene Deputation des 1. pomm. Ulanen-Regts.
Nr. 4, welche den Chef Prinz Georg am Freitag zur
Geburtsstagsfeier beglückwünscht hatte, sowie den Oberst
v. Nöhl aus Sonnershausen, den Chef des Stabes der
großherzoglich heßischen Division Major v. Hesse u.,
nahm hierauf die Vorträge der Chefs des Militär- und
Civil-Kabinetts v. Treschow und v. Mähler, des Geh.
Hofrathes Bode entgegen und hatte Nachmittags eine
längere Unterredung mit dem Oberpräsidenten v. Möller,
welcher am Morgen von Kassel hier eingetroffen und
im Hotel Royal abgestiegen ist. Hierauf erschien im
Rgl. Palais der Fürst v. Montenegro, der sich sodann
mit dem Fürsten Dolgorouki und den Begleitern zum
Diner ins Kronprinzliche Palais begab. Dem Ver-
nehmen nach ist der Fürst veranlaßt worden, die Reise
nach Wien u. erst heute Abend anzutreten.

— Entsprechend einem früheren Beschlusse des
Bundesraths hat der Justizminister den Entwurf eines
Bundesgesetzes anfertigen lassen, durch welches das deutsche
Handelsgesetzbuch und die allgemeine deutsche Wechsel-
ordnung zu Bundesgesetzen erklärt werden.

Harburg, 11. Februar. In Harburg wurde
dieser Tage ein Kaufmann aus Stade verhaftet, der
seit mehreren Wochen als treuer Anhänger des Welfen-
regiments in der Umgegend von Harburg Unterschriften
sammelte, durch welche sich die Unterzeichner verpflichteten,
bei allen politischen Ereignissen ihrem früheren Mon-
archen treu zur Seite zu stehen. Alle Personen, um
deren Unterschrift der politische Emissär ersuchte, hatten
dieselbe verweigert, und stellte es sich heraus, daß auch
die Namen auf der vorgelegten Liste fingirt waren.

Mainz, 12. Februar. Heute begannen hier
die Gerichtsverhandlungen vor dem Appellhofe in Sachen
gegen den Abgeordneten zum Zollparlamente, Ludwig
Bamberger und Genossen. Sie werden noch den ganzen
morgenden Tag in Anspruch nehmen. Der Gerichtshof
hat thatsächlich bereits das Urtheil der ersten Instanz,
welches den Beweis der Wahrheit abschneidet, aufgehoben,
indem sofort der Präsident den Bertheidigern erklärte,
daß er ihrem Systeme keinerlei Schranken setzen, ihnen
mithin auch gestatte, einen Wahrheitsbeweis zu führen;
selbstredend bleibt dabei dem Gerichte vorbehalten, im
Endurtheile auszusprechen, ob von dieser Beweisführung
der Form nach ein entscheidender Einfluß ausgeübt
werden könne. Zur Charakteristik unserer demokratischen
Winkelpresse sei erwähnt, daß die „Heßische Landes-
Zeitung“, Organ der Demokratie, seit drei Tagen in
Leitartikeln und Extrabeilagen gegen die Beschuldigten
Feuer und Flammen speit und das Gericht zu einer
Verurtheilung ermahnt.

München, 9. Februar. Der König, welcher

mit seinem Bruder, dem Prinzen Otto, gestern inmitten
allen Volkes der althergebrachten Ceremonie des Neß-
gerstbruchs beizuwohnte, ist auf der Rückfahrt von da
einer argen Gefahr glücklich entgangen. Auf dem glat-
ten Pflaster der Dienersgasse rutschte ein Pferd des
Biergeschwans aus und riß die übrigen drei nebst den
Reitknechten gleichfalls zu Boden. Der König bewies
viel Kaltblütigkeit, blieb ruhig sitzen, erkundigte sich, ob
keinem der Knechte etwas widerfahren, und fuhr sodann
zweispännig die kurze Strecke nach der Residenz weiter.
Das während des kurzen Zwischenfalls in dichten Mas-
sen zusammengelaufene Publikum begleitete den Monarchen
mit lebhaften Hochrufen.

München, 13. Februar. In der heutigen
Sitzung der Abgeordneten-Kammer wurde das Gesetz,
betreffend das Wahlrecht zum Landtage, nach den An-
trägen des Ausschusses mit 92 gegen 48 Stimmen an-
genommen; das vielfach verlangte allgemeine direkte
Stimmrecht ist somit verworfen.

Muslaud.

Wien, 13. Februar. Wie die „Presse“ er-
fährt, hätten Rußland und Preußen sich bei der Pforte
verwendet, um dem Fürsten von Montenegro den Ha-
fen von Spizza und damit die Verbindung Monte-
negros mit der See zu verschaffen. Der Sultan wäre
nicht abgeneigt, darin zu willigen.

Wien, 13. Februar. Das Verhör des Für-
sten Karagewitsch ist heute geschlossen worden und
man hat begonnen, seinen Mitangeklagten Trifkowitz
zu vernehmen.

Paris, 13. Februar. Das „Journal offi-
ciell“ schreibt: Alle Berichte aus Athen bestätigen, daß
Griechenland der Erklärung der Konferenz zugestimmt
hat. — Die militärische Mission, welche aus Erlangen
der rumänischen Regierung von hier nach Bukarest ge-
sandt war, ist auf Befehl der kaiserlichen Regierung
zurückberufen worden. — „Patrie“ sagt, die Pforte be-
reite eine Circulärnote vor, in Erwiderung auf die des
Fürsten Gortschakoff.

— Durch Dekret des Fürsten sind die Deputirten-
wahlen für die Tage vom 22. bis 28. März ange-
ordnet. „Romanul“ fordert zu Wahlbesprechungen auf.

Florenz, 13. Februar. Man glaubt, daß
der Finanzminister, Graf Cambray-Digny, am Schlusse
dieses Monats eine Darlegung der Finanzverhältnisse
Italiens veröffentlichen werde.

Genua, 6. Februar. Aus Lugano kommt
heute die Trauernachricht, daß diesen Morgen gegen 3
Uhr daselbst Carlo Cattaneo verschied ist. Die Lom-
bardei insbesondere wird den Helden der Mailänder fünf
Tage beklagen, aber ganz Italien wird den Schmerz
über den Verlust eines der begabtesten und besten seiner
Söhne theilen. Für heute wollen wir nur daran er-
innern, daß Carlo Cattaneo in den juristischen, huma-
nistischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen wohl
bewandert, in national-ökonomischen und finanziellen
Studien für Italien aber geradezu schöpferisch und epoche-
machend war. Der von ihm gehr. Jahre lang geleitete
„Coltetrico“ suchte mit Erfolg die Ergebnisse der Wis-
senschaft für das praktische Leben nutzbar zu machen,
und in der Kammer war Cattaneo namentlich bei finan-
ziellen und ökonomischen Fragen ein Muster gründlicher
Behandlung und eingehender Studien.

London, 14. Februar. Reuters Bureau mel-
det aus Konstantinopel vom 13. d. Mts.: Der Tod
Fuad Pascha's hat allgemein ein lebhaftes Bedauern
erregt, erst nach dem Leichenbegängniß wird ein Nach-
folger für ihn ernannt werden. — Die Proklamation
der griechischen Regierung hat hier einen peinlichen Ein-
druck gemacht. Die Pforte hat gegen den §. 13 pro-
testirt und fordert die Zurücknahme desselben, bevor sie
die offiziellen Beziehungen wieder aufnimmt.

Madrid, 5. Februar. Es beziehen, mit Aus-
nahme der Herzogin von Montpensier, alle Mitglieder
der königlichen Familie regelmäßig aus dem Staats-
schatz ihre unter dem Titel Justizlasten aufgeführte Pen-
sionen. Hier eine Liste derselben: der Infant Don
Sebastian, Großprior des Jerusalemer Ordens und ehe-
maliger Generalissimus der carlistischen Armee 2 Mil-
lionen als Entschädigung für eine von Portugal nie-
mals gezahlte Mitgift und ein von Karl III. zu Gun-
sten seines Sohnes Don Gabriel gestiftetes Majorat.
Der Infant Don Heinrich, die Infantin Josefa (ver-
heiratete Guell y Rente), die Schwestern des Erlönigs
Don Franz und die Infantin Christina, Gemahlin Don
Sebastians — jede 6000 Duros; außerdem erhalten
der Letztere und der Herzog von Parma noch eine En-
tschädigung für den Zenten, auf den sie als Komman-
deurs des San Juan- und Santiago-Ordens Anspruch
haben. Alles in Allem belaufen sich diese Gelder, die
der Staat noch immer fortzahlt, auf etwa 6 Millionen
Realen.

Konstantinopel, 13. Februar. „Turquie“
veröffentlicht eine Proklamation des neuen griechischen
Ministeriums. Dieselbe schließt, der Aufruf in Kreta
ist zu Gunsten der Verhandlungen, welche durch das
türkische Ultimatum hervorgerufen worden, ersicht. Eine
Zurückweisung der Entscheidung der Konferenz hätte
notwendig den Krieg zur Folge gehabt. Weder unsere
Armee noch unsere Flotte sind kriegsbereit. Die uns
legt auferlegte Ruhe verpflichtet Griechenland nicht
für die Zukunft.

— Das Ministerium der auswärtigen Angelegen-
heiten ist mit dem Bezirk vereinigt worden. Kamil
Pascha ist zum Präsidenten des Staatsraths und Mid-
had Pascha zum Gouverneur von Bagdad ernannt. Die
Leitung des neugeschaffenen Ministeriums des Innern
wurde dem bisherigen Finanzminister Mehmed Nuschbi

Pascha und die des Finanzministeriums Sabit Effendi
übertragen. Die Ernennung des Nachfolgers Fuad's
Pascha hat der Sultan aus Achtung für den Verstor-
benen vertagt. Zur Abholung der Leiche Fuad's aus
Nizza ist ein Schiff des Arsenals bestimmt.

Vommern.

Stettin, 15. Februar. In dem am Sonn-
abend im Kasinoale zum Besten des „Vommerschen
Museums“ von Herrn Dr. Julius Leising aus Berlin
gehaltenen Vortrage sprach derselbe über „die moderne
Kunstindustrie“. Er führte zunächst aus, daß es für
die Gegenwart ein neuer Gedanke sei, Kunst und In-
dustrie, zwei sich einander fremde und durch eine weite
Kluft getrennte Begriffe, zu verbinden. Dennoch seien
gewesen, wie Dürer, Holbein, Raphael bewiesen, die gleich-
zeitigen Künstler und Handwerker waren. Die Kunst
verfiel im Dienste der Fürsten, und der Eintritt der
Maschine in die Industrie vollendete die Trennung der
Kunst von ihr, indem sie, das Nachdenken zu Grabe
tragend, das Handwerk so zu sagen tödtete. Knebler
schlieferte dann weiter die künstlerische Ausartung der
sogenannten Luxus-Industrie, die daher entstehen mußte,
weil die Schönheit der Mode untergeordnet wurde,
und ging demnächst weiter auf die Ergebnisse der 1851er
Weltausstellung, namentlich deren Folgen, Aufschwung
der gesunkenen Kunstindustrie durch angestrebte Wieder-
vereinigung der Kunst mit der Industrie, ein und schloß
mit Mittheilungen aus und Erläuterungen zu der be-
kannten Broschüre über das von ihm, dem Redner,
gewählte Thema des Statistikers Dr. Schwab, sowie
dem Aussprache, daß die in der angebotenen Richtung
durch die Regierung hervorgerufene gegenwärtige Be-
wegung hoffentlich reiche Früchte tragen werde.

— Da in neuerer Zeit Fälle vorgekommen, daß
von ländlichen Polizei-Behörden auswanderungslustigen
Personen Bescheinigungen, Inhalts deren der beab-
sichtigten Auswanderung ein Bedenken nicht entgegen gestellt
wird, unmittelbar erteilt worden sind, so soll darauf
hingewiesen werden, daß die erwähnten Bescheinigungen
nicht den Auswanderern selbst, sondern dem Landrathe
des Kreises, in welchem der Auswanderungslustige wohnt,
einzureichen sind.

— Die belästigende Zudringlichkeit ausländischer
Zigeunerbanden, welche in der Regel als Kesselflicker
und Topfbinder nicht selten in großen Schaaren auf-
treten, ist stellenweise namentlich für die Bewohner des
platten Landes, welche sie in Furcht zu versetzen wissen,
zu einer wahren Plage geworden. Wo es erforderlich
ist, soll diesen Banden nachgespürt und ihre Legitimation
geprüft werden, um, wenn das Eine oder Andere nicht
in Ordnung sein sollte, das Zurückschicken dieser Banden
in ihre Heimath herbei zu führen. Werden sie bettelnd,
geschäfts- oder arbeitslos, ohne Substanzmittel oder als
unbefugte Gewerbebetreibende angetroffen, so sollen sie
nach §. 117 und 118 des Strafgesetzbuchs (als Land-
streicher und Bettler) event. nach den Bestimmungen des
Regulativs über den Gewerbebetrieb im Umherziehen
(d. d. 28. April 1824) bestraft werden.

— Neuerdings ist bestimmt worden, daß Reserve-
Offiziere des Beurlaubtenstandes bei einer Einberufung
zu Uebungen u. während der Dauer dieser Dienst-
leistung auch zu den Wahlen und Ehrengerichteten
der betreffenden Offizierkorps heranzuziehen sind.

— Der hiesige Kaufmann Adolph Flemming, in
der Frauenstraße wohnhaft, befand sich gestern mit
seinem Schwager, dem Gutbesitzer Bessin auf Jäger-
swell bei Alt-Damm auf der Jagd, bei der er eine
mit Schroot geladene doppelläufige Flinte trug. Der-
selbe biß sich, um eine Wildspur zu untersuchen, kam
dabei dem ausgezogenen Hahne zu nahe, das Gewehr
entlud sich und traf der Schuß das Herz des J., so
daß sein Tod fast augenblicklich erfolgte. Der Ver-
unglückte hinterläßt Frau und ein Kind im Alter von
etwa 2 Jahren. Seine letzten Worte waren: Mein
armes Weib und mein Kind.

— Herr Dr. Schwarz, früher artistischer
Leiter und Dramaturg des Friedrich-Wilhelmstädter
Theaters in Berlin, wird dem Vernehmen nach im
Laufe des nächsten Monats hierher kommen, um einige
Vorlesungen über Molière zu halten.

— Während vorgestern Abend der hiesige Arbeiter
Beichs, mit seiner Frau am Arme, die Paradeplätze
passirte, wurde er plötzlich ohne jegliche Veranlassung
von mehreren Strolchen thätlich angefallen, wobei man
auch die Frau nicht verschonte. Der Mann erhielt
verschiedene, theilweise 1½" tiefe, nicht ungeschädliche
Schnitten mit einem Messer im Gesicht und im
Rückgrat und wurde vom Blutverlust fast vollständig
erschöpft in seine Wohnung geschafft. Als muthmaß-
licher Thäter ist ein Arbeiter Bupke verhaftet worden.

— Der „Kongress norddeutscher Landwirthe“ ist,
nachdem er in seiner vorgestrigen Sitzung — welcher
Se. Königliche Hoheit der Kronprinz wiederum be-
wohnten — sich noch entschieden gegen eine Um-
wandlung der Maissteuer in eine Fabriksteuer
ausgesprochen hatte, geschlossen worden.

Vermischtes.

Berlin. (Affaire Corny-Zastrow.) Von
Zastrow ist am 8. d. M. auf Anordnung des Unter-
suchungsrichters in dem nach der Wasserfalle belegenden
Gärtchen der Stadtvolgkiet nochmals photographirt wor-
den, und zwar genau in derselben Kleidung, in wel-
cher er verhaftet wurde. Bei dieser Gelegenheit suchte
v. Zastrow eine längere Unterhaltung anzuknüpfen; die
Beamten, welche der Aufnahme des Bildes beizuwohnten,

nahmen jedoch Veranlassung, ihm dies als nicht zu-
lässig zu untersagen. Der Photograph, Herr Schnier,
hat ihn, recht still zu stehen, worauf v. Zastrow er-
widerte: „Sie bitten mich? Sie haben nicht mehr zu
bitten, ich bin ein willenloses Opfer.“ Außerdem äußerte
er: „Das Ganze, was man mir treibt, kommt mir
vor wie ein Fastnachtspiel.“ Man sieht hieraus, daß
der Verhaftete immer noch mit derselben Ruhe und
Hartnäckigkeit das Verbrechen leugnet, obgleich in Bezug
auf die an dem Knaben Handte verübte Schandthat die
Beweise sich derartig gehäuft haben, daß die Ueberfö-
hung wohl außer allem Zweifel steht. Schwieriger
liegt die Sache bezüglich des Corny'schen Mordes, auf
welchen durch den Beschluß der Rathskammer die Un-
tersuchung gleichfalls ausgedehnt worden ist. Wie man
hört, ist in diesen Tagen ein Mann zeugenelblich ver-
nommen worden, welcher in den Stunden, wo das
Verbrechen an Corny verübt worden, v. Zastrow in
der Kesselfstraße gesehen und nunmehr refognosziert hat.

Magdeburg, 12. Februar. Im Dorfe Ran-
dau wurde am 6. d. M. ein Kind mit sechs Fingern,
nämlich zwei Daumen an der einen Hand, geboren,
welches außerdem noch eine Hasenscharte auf der rechten
Seite des Mundes, so wie ein großes und ein abnorm
kleines Ohr besitzt. Das Kind, ein Knabe, befindet
sich im Uebrigen vollkommen wohl.

Vollbericht.

Breslau, 12. Februar. Während der letzten acht
Tage hatte das hiesige Geschäft nur einen Detail-Char-
akter, und bei auffallendem Mangel an Nachfrage betru-
gen die Gesamtumsätze ein Minimum von ca. 150 Ctr.
Dieses Quantum bestand aus mittelfeiner schlesischer und
seiner polnischer Tuchwolle Anfangs der sechziger Jahre
und fand daselbst theils nach den benachbarten Fabrik-
orten Abnahme, theils wechselten die Partien nur die In-
haber, um zum Wiederlauf offerirt zu werden. Eine Ver-
änderung in den Preisen hat sich noch immer nicht heraus-
gestellt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 15. Februar. Witterung: bewölkt, stür-
misch. Temperatur + 6° R. Wind NW.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, pr. 2125 Pfd. ungar.
59—65 $\frac{1}{2}$, bunter polnischer 67—70 $\frac{1}{2}$, weißer 69 bis
73 $\frac{1}{2}$, gelber inländ. 68—71 $\frac{1}{2}$, 83—85 $\frac{1}{2}$ Pfd. Frühjahr
70, 69 $\frac{1}{2}$ bez., 70 Br., Mai-Juni 70 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Br.
Roggen wenig verändert, per 2000 Pfd. loco 51
bis 52 $\frac{1}{2}$, per Febr. 52 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ nom., Frühjahr 51 $\frac{1}{2}$,
 $\frac{1}{4}$ bez. u. Ob., 52 Br., Mai-Juni 52 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Br.,
bez. u. Ob., Juni-Juli 52 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ bez., Juli-August 52
 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br.
Gerste still, pr. 1750 Pfd. loco ungarische 41—47
 $\frac{1}{2}$, Oberbruch 72 $\frac{1}{2}$ Pfd. Garantie auf sofortige Abladung
52 $\frac{1}{2}$ bez.
Hafer loco pr. 1300 Pfd. 34—34 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ bez., 47 bis
50 $\frac{1}{2}$ Pfd. Frühjahr. 34 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}$ Ob., Mai-Juni 35 $\frac{1}{2}$ Br.
Erbsen pr. 2250 Pfd. loco Futter- 55—56 $\frac{1}{2}$,
Roh- 56 $\frac{1}{2}$ —58 $\frac{1}{2}$, per Frühjahr. Futter- 56 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Br.,
56 $\frac{1}{2}$ Ob.
Mais per Ctr. 2 $\frac{1}{2}$ 3 $\frac{1}{2}$ Br., 2 $\frac{1}{2}$ 3 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}$ Br. bez.
Wicken per 2250 Pfd. loco 53—58 $\frac{1}{2}$
Vferdebohnen 60 $\frac{1}{2}$ Br., 59 Ob.
Rübsl behauptet, loco 9 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Br., Februar-März
9 $\frac{1}{2}$ Br., 9 $\frac{1}{2}$ Ob., April-Mai 9 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ bez. u. Ob.,
9 $\frac{1}{2}$ Br., Septbr.-Oktbr. 10 $\frac{1}{2}$ Br. u. Ob.
Spiritus fester, loco 15 $\frac{1}{2}$ bez., Februar-März
15 $\frac{1}{2}$ Ob., Frühjahr 15 $\frac{1}{2}$ Br., 15 $\frac{1}{2}$ Ob., Mai-
Juni 15 $\frac{1}{2}$ Br., Juni-Juli 15 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ bez., Juli-
August 15 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ bez., August-Septbr. 16 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Br.,
Regulirungspreis: Weizen 70, Roggen 52 $\frac{1}{2}$,
Rübsl 9 $\frac{1}{2}$, Spiritus 15.

Stettin, den 15. Februar.

Hamburg	6 Tag.	151 bz
Amsterdam	2 Mt.	—
London	8 Tag.	142 G
Paris	2 Mt.	—
London	10 Tag.	6 24 $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$
Paris	3 Mt.	6 23 $\frac{1}{4}$ B
Paris	10 Tag.	81 $\frac{1}{2}$ B
Paris	2 Mt.	81 B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersburg	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	—
Wien	2 Mt.	—
Pruss. Bank	4	Lomb. 4 $\frac{1}{2}$ %
Sta.-Anl. 54/57	4 $\frac{1}{2}$	—
—	5	—
St.-Schldsch.	3 $\frac{1}{2}$	—
P. Präm.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	—
Pomm.-Pfdbr.	3 $\frac{1}{2}$	—
—	4	—
—	4	—
Rantou.	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
Prior.	4	—
—	4 $\frac{1}{2}$	—
Starg.-P. E. A.	4 $\frac{1}{2}$	—
Prior.	4	—
St. Stadt-O.	4 $\frac{1}{2}$	92 $\frac{1}{4}$ B
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schanzen-O.	5	100 B
Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V. A.	4	115 B
Pr. Soc.-Assicuranz.	4	102 G
Pomerania.	4	120 B
Union.	4	111 B
St. Speicher-A.	5	—
Vor.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	160 B
Mosch. Zuckerfabrik.	4	—
Brodower	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfzchlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Nene Dampfer-C.	4	97 B
Germania	4	102 $\frac{1}{2}$ B
Vulkan	4	145 B
St. Dampfmahle	4	107 B
Pommerond. Ch. F.	4	205 B
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdüngr-F.	4	—
Gemoir. Bauges.	5	100 B
Grabow Stadt-Obl.	5	—